

# Geisenheimer Zeitung

## Anzeigebatt der Stadt Geisenheim.

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Samstag;  
Bezugspreis: 2.50 Mark monatlich frei ins Haus oder durch die Post  
in der Geschäftsstelle abgeholt 2.50 M.

Schriftleitung, Druck und Verlag von Arthur Jander, Geisenheim.



## General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigenpreis: Die 6-gesparte Zeile oder deren Raum für Geisenheim  
35 M. auswärtiger Preis 40 M. Flammzeile 100 M. Bei mehrmaliger Aufnahme  
Rabatt nach Tarif. — Nr. 2789 der Reichspost-Zeitungsliste.

Fernsprechanschluss Nr. 123 Amt Rüdesheim am Rhein.

Nummer 137.

Dienstag den 23. November 1920.

20. Jahrgang.

### Deutscher Reichstag.

— Berlin, 19. November.

#### kleine Anfragen.

Auf der Tagesordnung steht zunächst eine große Anzahl kleiner Anfragen. Religionsklasse Schulen — Anfrage Abg. Mummm (Dnl.) — dürfen in Preußen nicht eher eingerichtet werden, als bis ein entsprechendes Landesgesetz in Preußen erlassen ist. Wo viele Kinder an dem Religionsunterricht nicht teilnehmen, hat die Regierung in einzelnen Fällen die Vereinigung dieser Schüler zu besonderen Schulstunden genehmigt.

Eine vorzugsweise Belieferung der Schulen mit Kohlen — Anfrage Abg. Beuermann (D. Bp.) — kann allgemein nicht erfolgen.

Auch die Reichsregierung betrachtet den ethischen Unterricht — Anfrage Abg. Dr. Philipp (D. Bp.) — nicht als Eratz für den Religionsunterricht.

Die auf der Tagesordnung stehenden Interpellationen Hergt (Dnl.) über den Berliner Kreisallianz und Müller-Fronken (Soz.) über Kapitalverschiebungen nach dem Auslande, werden in der nächsten Woche beantwortet werden.

Ein Antrag aller Parteien um Verlängerung der fünf Zeitungen geltenden ermäßigen Postgebühren — fäße bis zum 31. März 1921 wird einstimmig angenommen.

#### Der Staatsgerichtshof.

Es folgt die erste Lesung des Gesetzentwurfs über den Staatsgerichtshof, als dessen Sitz Leipzig vorgeschlagen wird.

Abg. Dr. Radbruch (Soz.): Die Vorlage ist vollkommen unzureichend, weil sie keine Möglichkeiten zur strafrechtlichen Verfolgung Kriegsverbrecher bietet.

Abg. Graef-Thüringen (Dnl.): Die Tätigkeit der Cohn- und Singheimer im parlamentarischen Untersuchungsausschuss hat uns in der ganzen Welt geschadet. An der Zusammensetzung des Gerichtshofs ist zu bemängeln, daß der Reichstag fünf Mitglieder zu wählen hat. Die Verstöße von Ministern gegen die Reichsverfassung haben sich gehäuft: die Hinaussetzung der preußischen Wahlen durch Herrn Goring bedeutet doch zweifellos eine Verfassungsverletzung.

Abg. Dr. Kahl (D. Bp.): Wir sind durchaus Freunde eines Staatsgerichtshofs. Ich hoffe, das künftige Reichsverwaltungsgericht wird auch in Leipzig errichtet. Berlin dürfte bald das Recht vernichtet haben Reichshauptstadt zu sein. Vielleicht sollte man Stadtdarstellungen, die ihre Pflicht nicht tun, vor den Staatsgerichtshof ziehen.

Reichsminister des Innern Dr. Koch: Den Ausführungen des Abg. Dr. Kahl stimme ich in den wesentlichen Punkten zu. Die Angliederung des Staatsgerichtshofs an das Reichsgericht rechtfertigt sich dadurch, daß das Reichsverwaltungsgericht heute noch nicht besteht. In einer strafrechtlichen Untersuchung gegen die Kriegsverbrecher dürfen wir nicht eintreten; unser Volk ist dessen müde. (Sehr richtig rechts.)

Nachdem auch die Abg. Lipinski (U. S. r.), Dr. Waldestein (Dem.) und Herzfeld (U. S. links) sich zu dem Entwurf kurz geäußert haben, wird die Vorlage an den Rechtsausschuß verwiesen.

Das Haus vertritt sich auf Sonnabend vormittag 10 Uhr: Beschleunigte Einziehung des Notopfers, Sozialisierungssinterpellation.

Schluß 5½ Uhr.

### Um die Sozialisierung der Kohle.

— Berlin, 20. November.

#### Die Interpellation im Reichstag.

Die Sonnabstiftung des Reichstages war der Erörterung der mehrheitssocialistischen Interpellation gewidmet, in der die Regierung gefragt wird, wann sie den zugesagten Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaus vorlegen wird, und zwar einen Entwurf, der die Vollsozialisierung durchführt.

Das Mitglied des Reichskohlenverbandes Abg. Lößler (Soz.) begründet die Interpellation und fordert eine klare und deutliche Antwort, ob der Bergwerksbetrieb ein privatkapitalistisches Monopol bleiben soll oder ein Gemeinschaftsunternehmen, das dem Bergbau zu dienen habe. Die Arbeiter lehnen die Gewinnbeteiligung ab und wollen ihre Arbeit nur in den Dienst des Ganzen stellen.

#### Die Erklärung der Reichsregierung.

Nach der außerordentlich mühvoll und sachlich begrundeten Interpellation gibt Reichswirtschaftsminister Dr. Scholz im Namen der Reichsregierung folgende Erklärung ab:

Die Reichsregierung wird auf Grund der Erklärung vom 27. Oktober einen Gesetzentwurf über die gemeinschaftliche Regelung des Bergbaus mit möglichster Beschleunigung vorlegen. Gegenwärtig sind die Beratungen der Sachverständigen des Reichswirtschafts- und des Reichskohlenrats noch nicht abgeschlossen. Eine neue Sachverständigen-Kommission soll endgültig eine gemeinsame Grundlage für

den. Am 1. Dezember sollen diese Verhandlungen beginnen. Solange diese aussichtsreichen Verhandlungen schweben, kann die Regierung keinen endgültigen Bescheid über den Inhalt des Gesetzes geben. Wir müssen unter Berücksichtigung aller parteilichen Ansichten rein vom wirtschaftlichen Standpunkt aus mit den Sachverständigen prüfen, welche Erledigung dieser Frage uns nützen kann. Es gibt nur einen wirklich sachlichen Weg, der begründet ist auf der gemeinsamen Zusammenarbeit aller produktiven Kräfte unseres Volkes. (Beifall.)

Abg. Volt (Centr.): Billigt die Erklärung der Regierung. Hinsichtlich leistet die Kommission gute und rasche Arbeit. Kommt eine Verständigung nicht zu stande, dann müßte die Regierung ihrerseits mit einem Gesetzentwurf kommen.

Abg. Leybold (Dnl.): Die Drohung mit dem Streik kann uns nicht wankend machen in der Erwagung, daß diese Fragen des Wirtschaftslebens nur nach ehrlicher und klarer Überlegung behandelt und gelöst werden können. Jede Vollsozialisierung wirkt produktionshindernd und verteuernd. Für derartige Experimente ist uns das Leben unseres Volkes zu teuer. Der Sachverständigenkommission muß Ruhe und Zeit bei ihren Beratungen gelassen werden, damit sie das Sozialisierungsproblem zur allseitigen Befriedigung lösen kann.

Abg. Dr. Curtius (D. Bp.): Wir billigen das Verfahren der Regierung. Es ist geradezu eine verfassungsmäßige Pflicht der Regierung, vor Einbringung eines solchen Gesetzes den Reichswirtschaftsrat zu befragen. Wir werden an allen Maßnahmen weiter mitwirken, die die Produktion fördern und unsere Wohl- und das heißt Gemeinwirtschaft wieder aufzubauen.

Abg. Leicht (Wahr. Bp.): Billigt ebenfalls die Regierungserklärung.

Abg. Heuse (U. Soz. rechts): Wir verlangen die Vollsozialisierung. Die Arbeiter müssen ihre berechtigten Forderungen erzwingen.

Abg. Schiffer (Dem.): Vertreibt den Standpunkt seiner Fraktion, daß es eine der wichtigsten und dringendsten Aufgaben der Gegenwart ist, der Allgemeinheit und der Arbeitnehmerchaft einen größeren Anteil als bisher an der Gestaltung und den Erringen der Wirtschaft zu sichern, ohne aus die kraftvolle Betätigung der Unternehmerpersönlichkeit zu verzichten. Die Lösung dieser Frage bedarf der äußersten Beschleunigung, um in unser Wirtschaftsleben Ruhe, Vertrauen und Arbeitsbereitwilligkeit einzuführen zu lassen und dadurch die Leistungsfähigkeit der Produktion zu steigern.

Nach einer kurzen Polemik der Abg. Koenen (U. Soz. links) und Imbusch (Soz.) schließt die Aussprache. Die Interpellation ist erledigt.

Das Haus vertritt sich. Montag 1 Uhr: Gesetz über Überschleien. Sozialdemokratische Interpellation über Kapitalverschiebungen nach dem Auslande.

### Die Heimbeförderung der Kriegsgefangenen.

#### Der Bericht Nansen vor dem Völkerbund.

Bei den Beratungen der Völkerbundversammlung in Genf erläuterte der bekannte norwegische Nordpolforscher Nansen seinen Bericht über das Werk der Heimbeförderung der Kriegsgefangenen, mit dessen Leitung er im Frühjahr durch den Völkerbund betraut worden war.

Es hande sich um die Heimhaftung von 250 000 bis 300 000 Kriegsgefangenen aus den Gebieten des ehemaligen russischen Reiches, von denen sich 40 000 in Ostasien, 20 000 im Kaukasus und in Turkestan und die Mehrzahl in Südrussland befinden. Nansen schilderte eingehend die großen finanziellen und technischen Hindernisse und teilte mit, daß nicht zuletzt dank der loyalen und energischen Mitarbeit der deutschen Behörden, aber auch dank der Hilfe der Sowjetregierung, es gelungen sei, anstatt der erwarteten 100 000 bereits 180 000 Gefangene heimzuschaffen. Auf große Schwierigkeiten stößt namentlich die Heimhaftung der in Ostasien befindlichen Gefangenen, insbesondere auch darum, weil die in Frage stehenden Regierungen, namentlich auch die Mittelmächte, nicht die nötigen Mittel hätten, um die für die lange Reise notwendigen Schiffe zu liefern. Nansen teilte weiter mit, daß gegenwärtig das Internationale Rotkreuz auf sein Verlangen eine Delegation nach Südrussland entsende, um dort die beste Methode für die Durchführung der Heimhaftung auch dieser Ungläubigen zu prüfen.

Nansen schloß seine mit starlem Beifall aufgenommenen Darlegungen mit der Erklärung, daß die wirtschaftliche Lehre darin liege, daß der Völkerbund in Zukunft die Wiederkehr solcher Katastrophen verhindere, die unvermeidlich für die Menschheit die entzündlichsten Leiden mit sich bringen.

#### Zwei wichtige Kommissionen unter neutraler Leitung.

Bevor die Versammlung den Bericht Nansens entgegennahm, wurde die Wahl der Vizepräsidenten der Völkerbundversammlung vorgenommen. Zu der Konstituierung der Kommissionen ist zu erinnern, daß

die Kommission Nr. 5 (Bulaffung neuer Staaten) und Nr. 6 (Übertragung) unter der Leitung von Neutralen arbeiten werden. In die Kommission Nr. 5 (Bulaffung zum Völkerbund) ist von der schweizerischen Delegation Bundespräsident Motta abgeordnet, der auch zum Ehrenpräsidenten der ersten Völkerbundversammlung gewählt wurde.

### Der Arbeitsunterricht.

#### Die Richtlinien der preußischen Unterrichtsverwaltung.

Nach der Reichsverfassung soll der Arbeitsunterricht künftig Lehrfach der Schule sein. Es stehen dem die Vertiefung der Materials und ein Mangel an geeigneten Lehrern als erschwerende Umstände entgegen. Wie jede Schulreform, so muß auch diese zunächst bei den Lehrern selbst anfangen. Diese Notwendigkeit hat die preußische Unterrichtsverwaltung erkannt und in einem neuen Erlass den Lehrerbildungsanstalten für die Einführung des Werkunterrichts eine Reihe beachtenswerte Maßnahmen erteilt.

Danach ist zunächst eine einheitliche und völlig übereinstimmende Art des Lehrbetriebs nicht unbedingt erforderlich. Der Arbeitsunterricht muß zum Arbeitsprinzip werden, das möglichst in jedem Unterrichtsfach mit den einfachsten Mitteln zur Geltung gebracht wird. In der Anfertigung von körperlichen Vorstellungen in der Heimat-, Erd- und Naturkunde werden die Schüler nach wenigen Übungen meist schon zu selbständiger Arbeit und zu Versuchen angeregt werden können. Die Bestimmungen in der Himmelskunde bedürfen keines gelehrteten Apparates oder eigens geschulter Fachleute, sondern können durch einfache Winkelmessungen ausgeführt werden. Die Mittel zum Arbeitsunterricht, wie Sandalen, Linoleumwandtafel, Regenmesser, Übersichtstafeln für Wetterkunde, Wetterkarten, Beobachtungsröhrchen zur Himmelskunde, Sonnenuhren, Sternkarten, Sammelfässer, Ständer und Tischchen usw., können die Schüler ohne größere Kosten selbst herstellen, auch eigene Beobachtungshefte für Wetterversuche bearbeiten. Je besser es gelingt, die Schüler dazu anzuleiten, sich ihre Vermittlung auscheinbar nutz- und wertlosen Absätzen und Reihen herzustellen, um so größer wird ihre Freude daran und ihr Interesse am Unterricht sein. Zugleich ist diese Art des Unterrichts aber auch ein gutes Mittel, um unser Volk zur Sparsamkeit zu erziehen.

#### Eine Turnprüfung.

Der preußische Kultusminister hat seine Zusage im Hanschianenschluß, daß dem Turnen an den höheren Schulen eine größere Bedeutung beigemessen werden soll, dadurch wahr gemacht, daß er die Provinzialschulkollegien angewiesen hat, nach dem Vorbilde Schönebergs an einigen höheren Schulen jeder Provinz eine Abschlußprüfung im Turnen vornehmen zu lassen.

### Zuchthaus für Schleichhändler.

#### Verschärfung der Strafen gegen Schleichhandel und Preiswucher.

Jahrelang haben Schleichhändler und Wucherer ungestraft die Bevölkerung ausbeutet können, ohne daß man ihnen ernstlich mit gesetzlichen Maßnahmen entgegengestellt hätte. Jetzt endlich ist eine wesentliche Verschärfung der Bestrafung des Schleichhandels geplant.

Eine Verschärfung der Strafen gegen Schleichhändler, Preisstreberei und verborgene Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände bewirkt ein im Reichsministerium der Justiz ausgearbeiteter Gesetzentwurf, der in besonders schweren Fällen Zuchthausstrafen von ein bis fünfzehn Jahren und Geldstrafe von mindestens 20 000 Mark vorsieht. Als besonders schwerer Fall gilt insbesondere, wenn der Täter aus Gewinnsucht mit erheblichen Mengen von Gegenständen des täglichen Bedarfs Schleichhandel treibt oder wenn der Täter durch Preisstreberei aus Gewinnsucht die wirtschaftliche Notlage der Bevölkerung in besonders schwerer Form ausbeutet, oder wenn der Täter Wach, Lebensmittel oder Futtermittel ins Ausland zu verschlieben sucht, oder endlich, wenn er ganz oder überwiegend von Schleichhandelsgeschäften oder von verbotener Ausfuhr lebenswichtiger Gegenstände lebt.

Neben der Zuchthausstrafe ist auf Verlust der Bürgerlichen Ehrenrechte und auf Zulässigkeit von Polizeiauffälligkeit zu erkennen. Auch kann auf Überweisung an die Landespolizeibehörde erkannt werden. Die Verurteilung ist auf Kosten des Schuldigen öffentlich bekanntzugeben. Dem Verurteilten ist der Handel mit Gegenständen des täglichen Bedarfs zu untersagen. Handelt es sich um Ausländer, so kann die Landespolizeibehörde ihn nach Vollstreckung der Strafe aus dem Reichsgebiete verweisen. Die Verweisung muß geschehen, wenn eine Verurteilung zu Zuchthaus erfolgt ist. Zuständig sind neben den Strafamtern auch die Bürgergerichte.

Der Reichstag stimmte in seiner letzten Sitzung dem Gesetzentwurf in der Fassung des Ausschusses einstimmig zu.

# Die Völkerbundstagung in Genf.

Die englischen Arbeiter für Deutschlands Zulassung.

Obwohl die deutsche Regierung selbst noch nicht um Aufnahme in den Völkerbund gebeten hat, hat die Frage der Zulassung der Mittelmächte die erste Völkerbundstagung in Genf schon mehrfach beschäftigt. Bereits bei Eröffnung der ersten Tagung betonte der schweizerische Bundespräsident Metta die Notwendigkeit eines allgemeinen Völkerbundes, dem sämtliche Nationen, Sieger wie Besiegte, umfassen müsse. Auch die übrigen Neutralen, vor allem der Vertreter der Südamerikanischen Republik Argentinien, trat für die Konsenswerte Offenheit für die Einbeziehung der Mittelmächte in die Gesellschaft der Nationen ein. Die Alliierten selbst haben zunächst auf alle diese Anträge nicht reagiert, ja es hiess sogar, Frankreich sollte seine Delegierten zurückziehen, sobald die Zulassung der deutschen Delegierten ernsthaft erörtert werde.

Nun hat der englische Arbeitsminister Barnes trotz der französischen Drohung den Mut gefunden, allerding auf eigene Verantwortung und im Namen der englischen Arbeiterschaft, die Fortsetzung zu erzählen, daß die ehemals feindlichen Länder im Völkerbund zugelassen werden. Diese Ansicht an der englischen Arbeiterschaft, sagte Barnes, wird zweifellos von der Arbeiterschaft der ganzen Welt geteilt. Sie kam schon zum Durchbruch bei der Frage der Washingtoner Arbeiterkonferenz, an der die englische Arbeiterschaft teilzunehmen sich weigerte, sofern nicht auch die Arbeiter der ehemals feindlichen Länder ihre Vertreter entsenden könnten. Die Mitwirkung der ehemals feindlichen Länder an der Finanzkonferenz in Brüssel war von grossem Wert, und es hat sich da schon gezeigt, daß nur durch eine internationale Zusammenarbeit ohne Zugleichung der feindlichen Staaten etwas Positives nicht geschaffen werden kann. Wir müssen das alte System der politischen Allianzen aufgeben, das so viel Unheil geschaffen hat. Heute muß doch festgestellt werden, daß die Kaiserlichen Regierungen und die verantwortlichen Kanzler verschwunden sind und einer vergangenen Zeit angehören, und daß die Regierungen, mit denen wir es heute zu tun haben, Vertreter des deutschen Volkes sind, das Einfluss auf diese Regierung hat. Der Völkerbund muß nicht rückwärts, sondern in die Zukunft blicken, nur dann wird es ihm möglich sein, die Machtwirkung der ganzen Welt sich zu sichern und eine Ära des Friedens und der stetigen Entwicklung für die Nationen zu schaffen.

Lloyd George erklärte im Unterhause auf die Frage, ob eine Besicherung abgegeben werden könne, daß, wenn Deutschland einen Antrag auf Zulassung zum Völkerbund stelle, die britischen Vertreter diesen Antrag unterstützen würden. Die britische Regierung wisse nichts davon, daß ein solcher Antrag an sie gerichtet werden würde. Ferner gab Lloyd George zur Antwort, er wisse nicht, ob sie gegeben habe, sich dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu widersetzen, und schließlich sei die französische Regierung ihren Delegierten Anweisung noch nicht gemeinsam mit der französischen Regierung geprägt worden.

Der Genfer Korrespondent der „New York Tribune“ dagegen will erfahren haben, daß England die Zustimmung Frankreichs erlangt hätte zu einer Absichtserklärung an Deutschland, für die nächste Sommerversammlung des Bundes ein Zulassungssuch einzurichten. Die genaue Form der an Deutschland zu richtenden Einladung sei noch nicht festgelegt, da Frankreich seine sämtlichen Vorbehalte bezüglich auf die Wiedergutmachung in die Einladung hineinzubringen wünscht.

## Die deutschen Kolonien vor dem Völkerbund.

Bei dem Vorsitzenden des Völkerbundes ist eine Note der deutschen Regierung eingelaufen, die sich auf das Mandatsverhältnis der ehemals deutschen Kolonien bezieht. Der Wortlaut ist noch nicht veröffentlicht worden.

## Politische Rundschau.

Berlin, 22. November 1920.

— In Essen wurde am Sonnabend der 10. Kongress des Gewerberandes der christlichen Gewerkschaften Deutschlands mit einer Rede des preußischen Wohlwahldministers Stigerwald, des Vorsitzenden des Gesamtverbandes, eröffnet.

— Am Donnerstag sind in Köln die Vorstände des Deutschen und des Preußischen Städtebundes, der seine Haupttagung abhält, zu gemeinsamer Beratung zusammengetreten.

— Herzog Adolf Friedrich zu Mecklenburg wird sich, wie der „Niederscher Anzeiger“ meldet, demnächst nach Altona begeben, um an einer wissenschaftlichen Expedition teilzunehmen.

— Für den zum Senator in Hamburg gewählten demokratischen Reichstagsabgeordneten Stubmann, der sein Reichstagsmandat niedergelegt hat, tritt der frühere mecklenburgische Kultusminister Sivkovich, der auch der verfassungsgesetzlichen Nationalversammlung angehört, neu in den Reichstag ein.

— Der Abg. Thabor (Soz.), gewählt im 26. Wahlkreis Düsseldorf, ist auf Grund eines Beschlusses des Wahlgerichtsgerichtshofes aus dem Reichstag ausgeschieden.

— Der württembergische Staatspräsident Prof. Dr. von Hieber (Dem.) hat, wie der „Tag“ mitteilt, den ihm vom König verliehenen Abdruck abgelegt.

— Sparsamkeit ist das Gebot der Stunde! Nicht eindeutig genug kann die Regierung tagtäglich darauf hinweisen. Alle die Mahnungen sind fruchtlos, wenn gerade bei der Reichsverwaltung immer wieder grobe Verstöße gegen dieses Prinzip vorkommen. Neuerdings berichten süddeutsche Blätter von einer merkwürdigen Maßnahme der Reichspostverwaltung. Bekanntlich macht sich die Post jetzt die Nellame in weitestem Maße unzuhörbar. Nicht nur die Schalterräume und die Postwagen, auch die Briefkästen müssen Reklameschilder hängen zu können, müssen nun an jedem Kästen 12 Bohrlöcher angebracht werden. Damit diese Bohrlöcher nun in ganz Deutschland schön gleichmäßig aussäumen werden, wie der „Deutsche Schöndienst“ meldet, die Bohrungen von Berliner Bohrern ausgeführt, die auf Reichskosten in ganz Deutschland umherreisen und ihres Amtes walten. Überall in Baden, Hessen, Württemberg, Bayern, in Stadt und Dorf sind Berliner Bohrer tätig, hohren ihre

zwei Bohr in jeden Briefkasten, machen ihre Reise- und Tagesspesen und sorgen so für eine einheitliche Verkehrs politik. Weiß der Herr Reichspostminister von diesen reisenden Berliner Bohrern? Glaubt er, daß es in den verschiedenen Oberpostdirektionsbezirken nicht auch Leute gibt, die die zwölf Löcher sachgemäß zu stenden könnten, und zwar ohne Reise- und Tagesspesen? U. A. w. g.!

— Botschafter Heinze über eine einheitliche Regierung im Deutschland. Bei seinem Besuch in Dresden während des Wahlkampfes äußerte sich der Botschafter, Reichsjustizminister Dr. Heinze (D. Bpt.), über die Zusammensetzung der einzelstaatlichen Kabinette in Deutschland. Es ginge nicht an, daß die Reichsregierung rein bürgerlich sei, und die Einzelstaaten sozialdemokratisch-demokratisch, wie in Sachsen, rechtsparteilich, wie in Bayern, und unabhängig, wie in Neuß, regiert würden. Das Moment der Beunruhigung und Unsicherheit im Volke würde auf diese Weise nicht schwanken. Im Interesse der Gesamtheit müsse man zu einer vom einheitlichen Gesichtspunkt geleiteten Regierung auch in den Einzelstaaten gelangen.

— Der Abtransport der Kohle. Zurzeit finden in Paris mit der Wiedergutmachungskommission Verhandlungen über eine anderweitige Regelung des Abtransports der Reparationslieferungen von Kohle statt. Zwei Vertreter des Reichskohlenfonds und des Reichskommissars für die Kohlenverteilung haben sich zu diesem Zweck nach Paris begeben, der Anfang der Verhandlungen ist in der überaus ungünstigen Transportlage zu suchen, die durch das Hochwasser an dem Rhein herbeigeführt ist und welche inzwischen auch zu erheblichem Wagenmangel im Ruhrgebiet geführt hat.

— Die erste Wiedergutmachungskonferenz. Havas meldet: Es verlautet, daß im Laufe des Dezember unter dem Vorsitz des belgischen Ministerpräsidenten Delacroix eine Konferenz der alliierten Sachverständigen stattfinden wird, um die Wiedergutmachungsfrage zu beraten.

— Neue Note über Ensen-Malmedy. In einer neuen Note über Ensen und Malmedy, die die Reichsregierung an den Völkerbund gerichtet hat, wird die Zuständigkeit des Völkerbundsrats für die Beantwortung der deutschen Proteste bestimmt und an die Entscheidung der Völkerbundstagung appelliert.

— Das erste Volksbegehren in Bayern. Nachdem die erforderliche Zahl von Unterschriften zur Einleitung eines Volksbegehrens für die Gemeinden neuwahlen in München zusammengestellt ist, ist als Termin für das Volksbegehren der 12. Dezember festgelegt worden. Wenn die erforderliche Zahl von 200 000 Stimmen erreicht ist, so kommt als Wahltag der 16. Januar 1921 in Betracht. — Damit tritt zum ersten Male die in den neuen deutschen Verfassungen vorgesehene Einrichtung des Volksbegehrens praktisch in die Erscheinung.

— Die Wahl des Reichspräsidenten. Über den Termin der Wahl des Reichspräsidenten ist, wie die „Deutsche Umschau“ von unterrichteter Stelle hört, noch keine Entscheidung getroffen. Bisher bestand die Hoffnung, daß die Wahl erst stattfinden solle, wenn die Grenzen des Reichsgebietes festgelegt sind, also die letzte Grenzabstimmung erfolgt war. Ob die überschlechtliche Abstimmung, auf deren Festlegung von deutscher Seite ständig gedrängt wird, schon am 20. Februar zum voraussichtlichen Tag der Preußenwahl, erfolgt ein wird, steht noch dahin. Schließlich ist auch zu erwägen, ob es überhaupt möglich ist, zwei so verschiedene Wahlen, wie die preußische Landeswahl und die Reichspräsidentenwahl an einem Tage zu erledigen. Das Reichskabinett wird demnächst dazu Stellung nehmen.

— Die Gliederung Deutschlands. Die unter dem Vorsitz des Staatssekretärs a. D. Graf Röder arbeitende, die die beirateten Änderungen in die Gliederung Deutschlands vorberaten soll, wird noch vor Weihnachten voraus übergehen, einzelne der wichtigsten Fragen praktisch in Angriff zu nehmen. Es handelt sich hier besonders um Preußen. Auch die überschlechtliche Frage dürfte in diesen Erörterungskreis hineinspielen. Der Zentralstelle gehören sieben Reichstagsabgeordnete aller Parteien an, und zwar die Abgeordneten Delbrück (deutschnational), Lenthner (D. Bp.), Dr. Kaas (Centr.), Heile (Dem.), Hildenbrand (Soz.), Laicht (Bahr. Bp.) und Ledebour (L. Soz.). Dazu kommen sieben vom Reichsrat bestellte Vertreter der Länder und 19 vom Reichsministerium des Innern ernannte Sachverständige. Die Zentralstelle hat ein umfangreiches Programm aufgestellt und die Arbeiten auf verschiedene Ausschüsse verteilt. Die Entschließungen der Zentralstelle werden vom Reichsministerium des Innern als Gutachten gewertet.

— Die Zukunft des Memelgebietes. Der Gouverneur des Memelgebietes, der französische General Odry, erklärt, daß von einem polnisch-litauischen Abkommen vordem Memel zu Litauen als Kompensation für den Verlust Wilnas geschlagen würde, nicht die Rote Armee. Allein der Völkerbund habe über das Schicksal des Memelgebietes zu entscheiden.

— Die Kapitalverschiebungen nach dem Auslande. Die Kapitalverschiebungen des Bankhauses Grusser sind von dem früheren Reichskanzler Hermann Müller zum Gegenstand einer Interpellation gemacht worden, die im Montag im Reichstag verhandelt werden soll. Nun haben die Unk. II. S. B. D. und die K. P. D. im Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss die Frage prüfen soll, in welchem Umfang die Vermögensverschiebung deutscher Staatsangehöriger durch die Nachlässigkeit der früheren Regierungen und ihrer Reichskanzler Hermann Müller, Gujat Bauer und Philipp Scheidemann Vorschub geleistet worden ist.

## Rundschau im Auslande.

— Am 29. November findet in London ein internationaler Kongress der Handelsgesellschaften statt. Es werden Frankreich, Belgien, Holland, Schweden, Deutschland, Österreich und wahrscheinlich auch Italien vertreten sein.

— Das kommunistische englische Unterhausmitglied Oberst Malone wurde zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er war der Aufreizung zum Aufruhr in Irland beschuldigt.

Angang: Erwangs Niederlage.

— Etwa 20 Schiffe, beladen mit Flüchtlingen und Kranken, sind aus der Krim in Konstantinopel eingetroffen, nur die Kranken und Verwundeten, deren Zahl auf ungefähr 5000 geschätzt wird, dürfen landen. Die Franzosen haben Krankenhäuser für Kranke und Verwundete und Baracken für Flüchtlinge errichtet. Man weiß noch nicht, wieviel Wagnis Heer geschafft wird. Drei russische Armeen sind eingelaufen, andere Schiffe werden erwartet. Russische Organisationen, welche der Armee Wrangel nahestehen, haben beschlossen, den Kampf gegen den Bolschewismus fortzuführen und Wrangel weiterhin als Führer in diesem Kampf anzusehen. „Times“ melden aus Konstantinopel, daß dort 20 000 Soldaten der Armee Wrangel ankommen seien. „Associated Press“ meldet aus Wien, daß die Ukrainer Kiew und andere Städte geräumt hätten und sich infolge der Offensive der Bolschewisten zurückgezogen. — Zum „Broward“ steuern die Bolschewisten zwischen Moskau und Wladiwostok eine Armee von 15 Divisionen auf. Im Gebiet von Dünaburg haben die Bolschewisten die gesamte polnische Infanterie verhaftet und im Zollamt 40 Polen als Geiseln festgenommen.

England: Aufstand erkennt seine Schuld an.

— Wie die Blätter aus London melden, hat das Kabinett beschlossen, die Verhandlungen mit Italien fortzuführen. Nach einer Meldung aus London hat die Verteidigungsministerin erklärt, sie werde alle privaten Schulden gegenüber England anerkennen. Nach einer eingedenkenden Schätzung sei die Höhe der Schulden auf 421 000 Pfund Sterling festgesetzt worden. Über die Art der Rückzahlung wird noch verhandelt. — Über eine Rückzahlung der französischen Milliarden macht man sich in England zum großen Teil der Franzosen feindlicher Kopfschreden.

Griechenland: Um den griechischen Königsthron.

— Der neue Ministerpräsident Hallas hat dem vorläufigen Regenten Admiral Konduriotis den Eid geleistet und darauf dessen Rücktritt gefordert. Die anderen Minister werden ihren Eid der Königin Olga ablegen, die die Regentschaft übernehmen wird. Das neue Kabinett ist bereits gebildet. Hallas übernimmt außer dem Ministerpräsidenten das Ministerium für Kriegs- und das für Justiz. Benizelos ist an Bord der Yacht „Narcissus“ nach Megara abgefahren. Nach einer Athener Meldung des „Corriere d’Italia“ ist Königin Olga, die Witwe Königs Georgs, zur Regentin bestellt worden. Alle griechischen Prinzen, die gegenwärtig in Italien weilen, haben die Wählung erhalten, heimzulehren. — Das „Echo de Paris“ läßt sich als Athener melden: Die Führer der Royalisten schließen auf die Rückberufung König Konstantins auf den Thron aus Rücksicht auf die Entente verzichten zu wollen. Sie sollen beschlossen haben, den Kronprinzen Georg den Thron anzutragen. Die Royalisten hätten erklärt, solche Anzeichen dafür zu haben, daß England und Frankreich dieser Lösung der Frage grundsätzlich sich nicht entgegenstellen würden. Die Kammerei soll als einzige verfassunggebende Gewalt in aller Stärke einberufen werden. Sie wird sich über die Thronfolge aussprechen und die Frage dann einer Volksabstimmung zur Entscheidung unterbreiten werden. — Die griechischen Vertreter im Völkerbundkongress in Genf haben ihr Mandat niedergelegt. Dergleichen haben die griechischen Gesandten in Berlin und London sowie der Generalkonsul in Genf bereits vorausgesetzt. Auch der griechische Oberkommissar in Konstantinopel ist zurückgetreten. Die Ernennung einer neuen Delegation für den Völkerbundkongress wird nochmals erwartet.

## Locales und Provinzielles.

— Geisenheim, 23. Nov. Die Handelskammer Wiesbaden gibt bekannt: Der Handelsvertragverein, Berlin W. 9, Köthenerstr. 28/29, hat eine Dauermusterausstellung für deutsche Erzeugnisse in verschiedenen Ländern vorbereitet. Firmen, die dafür Interesse haben, wird anheimgegeben, sich direkt an den genannten Verein zu wenden.

— Geisenheim, 23. Nov. „Das Reichsein kommensteuer-Gesetz“, so lautet das Thema, über welches auf Anlassung des „Kaufm. Vereins Mittel-Rheingau“ Herr Justizrat Dr. Zuld, Mainz, am Dienstag den 30. Nov. abends 6 1/2 Uhr, im großen Hörsaal der höheren staatl. Lehranstalt in Geisenheim sprechen wird.

— Geisenheim, 23. Nov. Demokratische Kundgebung. Die von der demokratischen Jugend des Rheingaukreises am Vortag und Mittwoch abends im „Frankfurter Hof“ veranstaltete öffentliche Kundgebung hatte einen vollen Erfolg. Bei seinen Begrüßungsworten konnte der Vorsitzende, Herr Heinrich Hohenauer jr. mit Genugtuung auf den äußerst guten Besuch der Versammlung hinweisen und insbesondere seine Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß an Stelle des verhinderten Kultusministers Herrn Dr. Strecker der Reichstagsabgeordnete Herr Pfarrer Krell aus Niederrhein erschienen sei. Einleitend legte zunächst im Namen der Jugend Herrn cand. rer. pol. Lemmer aus Wiesbaden ein warmes Belehrnis der demokratischen Jugend zum unglücklichen Vaterland ab. Alte Ideale sind für uns Jungen zusammengebrochen, neue müssen wir suchen. Läßt uns durch höchstes Verantwortungsgefühl dem Vaterland gegenüber mitthilfen am Ausbau des Volksstaates! Dann ergriß Reichstagsabgeordnete Herr Pfarrer Krell das Wort, um in eindringlicher und zu Herzen gehender Weise Alten und Jungen nicht eine politische Rede zu halten, sondern in frösigender, beredter Sprache bis auf die tiefsten Wünsche des menschlichen Seins zu gehen, die geistige und kulturelle Verirrung der Zeit zu beleuchten, und zur wahrhaftigen Verinnerlichung aufzurufen. Es war eine Bußtagpredigt, wie sie packender und ergreifender nicht gepredigt werden konnte. Es würde eine Abschwächung der ergreifenden Predigt des Reichstagsabgeordneten Herrn Pfarrer Krell bedeuten, wenn man in der Berichterstattung den Versuch unternehmen, auch nur annähernd die herlichen Worte des Redners wiederzugeben. Soweit Herr Pfarrer Krell auf die politischen Dinge zu sprechen kam, betonte er, daß keine äußere Macht, kein schönes Programm eine Linderung der heutigen politischen und wirtschaftlichen Not herbeiführen könne, sondern nur die einzelne Persönlichkeit könne helfen, jeder an seinen Platz. Das deutsche Volk bedarf so dringend des inneren Friedens wie auch des äußeren Friedens und den verbürgen nicht Idealismus noch Monarchismus sondern nur die auf dem unerschütterlichen Rechtsbewußtsein aufgebauten Ideen der deutschen Demokratie. Der mit stürmischen Beifall aufgenommenen Vortrag, hatte auf alle Zuhörer ein solchen Eindruck der Ergriffenheit hinterlassen, daß auf eine Aussprache allerseits verzichtet wurde. Vor Schließung der Versammlung dankte Herr Hohenauer allen Erschienenen, besonders Herrn Pfarrer Krell, und betonte, daß gerade die demokratische Jugend davon überzeugt wäre, daß nur geistige und kulturelle Vertiefung und Erneuerung unser Volk die größten Nöte der Zeit überwinden

lönne. Alles in allem, die ergreifende Kundgebung hat bewiesen, daß die Deutsche Demokratie, fern aller wirtschaftlichen und politischen Verheerungen den richtigen Weg der Sachlichkeit und Gerechtigkeit beschreitet.

△ *Neue Germaniamarke* werden in den nächsten Tagen zur Ausgabe gelangen, und zwar handelt es sich um die höheren Werte zu 1, 1½, 2 und 4 Mark; sie sind nicht größer als die Penniwwerte und werden ebenfalls in Buchdruck, aber *ausweisartig*, hergestellt. Die Marke zu 1 Mark erhält einen grünen Kern mit einem gelbenblauen Rahmen, die zu 1½ Mark rotviolett mit flammendemrot, die zu 2 Mark hellblau mit fischrot, die zu 4 Mark rot mit schwarz. Die bisher gültigen Kupfer- und Gummidruckmarken bleiben weiter in Gebrauch.

△ *Private Wertversicherung von Postpaketes*. In letzter Zeit haben private Versicherungsgesellschaften die Verlender von Postpaketes öffentlich aufgefordert, die Pakete bei ihnen vor der Übergabe an die Post gegen Verlust oder Wertverminderung zu versichern. Zum Zeichen der vollzogenen Versicherung sollen von der Versicherungsgesellschaft gelieferte Wertversicherungsmarken auf den Abschnitt der Pakettarife gestellt werden. Für eine private Versicherung dieser oder ähnlicher Art liegt aber, wie aus dem Reichspostministerium amtlich mitgeteilt wird, bei dem heutigen Stand des Wertpaketdienstes der Post keine Veranlassung vor. Der Absender kann jetzt bei der Post ein Paket mit Wertangabe bis 500 Mark aussieren, ohne es in besonderer Weise zu verpacken und überhaupt zu versiegeln. Er hat lediglich den Wert auf der Pakettarife anzugeben. Die Post stellt für ein solches Paket wie für andere Wertsendungen eine Einlieferungsberechtigung aus. Bei Paketen mit Wertangabe von mehr als 500 Mark ist eine dem wertvolleren Inhalt entsprechende Verpackung und die Verseiegelung notwendig. Für beide Arten von Wertpaketes haftet die Post bis zur Höhe der Wertangabe nach dem Postgeley, und zwar werden nach den nunmehrigen Grundföhren der Postverwaltung in Verlustfällen die Herstellungskosten des Paketinhalts mit Einschluß eines angemessenen Unternehmertreibens vergütet. Die Postverwaltung erleichtert also den Absendern die Versendung unter Wertangabe in weitgehendem Maße und kommt auch hinsichtlich der Haftung billigen Anforderungen nach. Das Publikum kann sich bei der Benutzung der allgemeinen Posteinrichtungen die Ausgaben für eine private Versicherung erfreuen. Diese bietet dem Paketverlender in *postfise* eine erhöhte Sicherheit für die *postfise* Förderung der Sendung, denn die Post hat mit der privaten Wertversicherung überhaupt nichts zu tun.

△ *Nauenthal*, 20. Nov. Der Nauenthaler Winzerverein verkaufte die Hälfte seiner 1920er Weinkressen, etwa 55 Hektar, an die Sektkirma Math. Müller in Eltville, das Stück zu 31 000 M. Der Kauf wurde durch die Weinkommissionäre Winter und Oberreicher in Neudorf abgeschlossen.

△ *Caub*, 20. Nov. Seit einer Reihe von Jahren ist nunmehr der seltene Fall zu verzeichnen, daß innerhalb eines Jahres der höchste und auch der niedrigste Wasserstand eingetreten ist. Am 16. Januar d. Js. zeigte der Cauber Pegel 7,80 Meter Höhe und am 16. November d. Js. nur noch eine Höhe von 80 Zentimeter oder sieben Meter tiefer als zur Zeit des Hochwassers.

△ *Biebrich*, 19. Nov. Ein tödlicher Unglücksfall hat sich am Dienstag nachmittag auf dem Bahnhof Ost ereignet. Der 39jährige in Walsum wohnende Eisenbahnschlosser Karl Braatz war mit anderen Leuten damit beschäftigt, Gegenstände über das Schienengelände zu tragen. Dabei mußte er auch zwischen einem eben in der Zusammenstellung befindlichen Güterzug hindurch. Gerade im Augenblick, als sich der Mann zwischen den Wagen befand, wurden diese zusammengestochen, wobei er von den Puffern erfaßt und ihm der Brustkorb eingedrückt wurde. Auf dem Transport nach dem Krankenhaus verstarb der Unglückliche. Sein ebenfalls dort beschäftigter Sohn, der nicht weit hinter dem Vater herging, war Zeuge des schrecklichen Unfalls.

## Soziales.

△ Ein Gegenentwurf zum Arbeitslosenversicherungsgesetz. Die Handelskammer zur Berlin hat die Gegenentwürfe betreffend Arbeitslosenversicherung und Arbeitsnachweis eingehend beraten und einen eigenen Entwurf eines Gesetzes aufgestellt, der an Stelle der Krankenkassen und Krankenfasserverbände das Reich zum Träger der Arbeitslosenversicherung macht und die im Regierungsentwurf vorgesehene Arbeitsnachweissammler mit der Durchführung der Verwaltung beauftragt.

△ *Tarifabschluß im Deutschen Buchdruckgewerbe*. Nach vierwochentlicher Verhandlung haben sich die Vertreter beider Parteien verständigt. Die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker ist erneuert worden. Ein neuer Vohntarif für die Gehilfenschaft, verbunden mit einem Reichstarif für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, ist für die Dauer von zwei Jahren zum Abschluß gekommen. Es steht zu hoffen, daß damit der gewerbliche Frieden dem Deutschen Buchdruckgewerbe auch weiterhin erhalten bleibt.

Der Zentralverband der Angestellten (Ortsverwaltung Mainz) berichtet: Die Einnehmer der „Viktoria-Versicherungshauptstelle Mainz“ sind ausgesperrt, d. h. sie dürfen die Ausführung des Inkassos nicht mehr weiter ausüben, wenn sie nicht den an Stelle ihres noch bis zum 31. Dez. 1920 zu Recht bestehenden Tarifvertrages, einen sogenannten Hebevertretervertrag, unterschreiben, welcher erstens nicht auf gewerblichem Wege vereinbart wurde und auch nicht einmal ein Existenzminimum sichert.

Die Einnehmer haben in einer am Samstag im „Goldenem Pfleg“ stattgefunden Versammlung, bei welcher auch die Obmänner der Einnehmerchaft von Wiesbaden, Worms und Bingen zugegen waren, durch eine Resolution einstimmig erklärt, daß sie bereit sind, das Inkasso in der bis jetzt geführten Weise weiter auszuführen, bis der Schlichtungsausschuss eine Entscheidung in der Massenfördigung Angelegenheit geschaffen hat.

Die Arbeitswillingkeit befunden die Einnehmer vor allem damit, um den Versicherungnehmern der Volksversicherung, welche zum größten Teil aus Arbeitern und Angestellten besteht, die Lasten des bei der „Viktoria“ inzwischen eingeführten 14-tägigen Inkassos durch den Ausfall nicht noch unerträglicher zu machen.

Wir geben dies der Allgemeinheit zur Kenntnis, um sich ein Urteil zu bilden, wie heute die größte kapitalistische Versicherungsgesellschaft mit ihren Angestellten, letzten Endes mit ihren Versicherungnehmern verhält.

## Aus Stadt und Land.

△ *Erkrankung der Kaiserin Auguste Viktoria*. Infolge des sehr besorgniserregenden Befindens der ehemaligen deutschen Kaiserin ist, wie aus dem Haag gemeldet wird, der sechzehn deutsche Kronprinz von Württemberg nach Haus Doorn abgereist.

△ *Eine Räuberbande in Peine*. Ein einsam gelegenes Wohnhaus in Peine wurde am Vortag abend von einer Räuberbande umstellt und vollständig ausplündert. Am Donnerstag früh gegen 4 Uhr wurde eine Räuberbande von drei Mann, die in einem benachbarten Dorf geplündert hatte, von zwei Polizei-Beamten festgenommen. Einer der Räuber schoss den Nachtwächter nieder. Die Räuber sind entkommen.

△ *Landarbeiterstreik in Pommern*. Am Donnerstag sind im ganzen Regierungsbezirk Stralsund einschließlich der Insel Rügen die Landarbeiter in den Streik getreten. Der Streik ist auf eine Entscheidung des Amtsgerichts in Greifswald zurückzuführen, in der Arbeitserlössungen als berechtigt anerkannt wurden.

△ *Ein schweres Explosionsunglück*, dem allem Anhein nach eine verbrecherische Handlung zugrunde liegt, ereignete sich am Freitag im Süden Berlins. Mehrere Arbeiter und der Kutscher waren damit beschäftigt, einen Transportwagen, der mit zusammengepreßtem Altpapier und Lumpen beladen war, abzuladen und die einzelnen Ballen abzuwiegen. Als die Arbeiter einen der Ballen von dem Wagen herabwarfen, explodierte dieser plötzlich mit lautem Knall. Der Kutscher wurde sofort getötet und zwei Arbeiter verletzt. Nach den bisherigen Feststellungen, die jedoch noch nicht endgültig sind, haben sich in den Papierballen einige Kartons Zündkapseln befinden, die entweder in verbrecherischer Absicht oder aus unglaublichem Leichtsinn in die Ballen hineingelegt wurden.

△ *Raubüberfall auf eine Grube*. Auf das Büro der Grube „Georg“ in Wöhlersleben verübten vier maskierte Räuber einen Raubüberfall. Sie hielten die Buchhalter und Buchhalterinnen mit vorgehaltenem Revolver in Schach, plünderten die Geldschränke aus und durchwühlten sämtliche Pulte und Schränke nach Wertpapieren. Es fielen ihnen aber nur etwa 4000 Mark in die Hände. Den Eingang zu dem Büro holt ein bewaffneter Räuber besetzt. Nach vollendetem Tat flüchteten sie auf Fahrrädern in der Richtung nach Stettin.

△ *Regierungsdank an die Technische Nothilfe*. Der Reichsminister des Innern, Koch, hat der Technischen Nothilfe eine Mitteilung zugehen lassen, in der es a. a. heißt: „Es ist mir als zuständigem Reichsminister eine freudige Pflichterfüllung, der Technischen Nothilfe für die freudige Übergabe zu danken, mit der sie sich lebhaft während des Berliner Elektrizitätsstreiks wieder selbstlos in den Dienst der Gesamtheit gestellt hat. Ihr Ziel ist, in diesem Kampfe die Gemeinschaft vor schwersten Erschütterungen infolge Stilllegung lebenswichtiger Betriebe zu bewahren. Durch ihre Hilfsbereitschaft mildern die Nothelfer die Art der Ausstragung solcher Kämpfe. Je mehr unsere Verhältnisse gesunden, um so seltener wird es erforderlich sein, die Technische Nothilfe zu ihrer freiwillig übernommenen Pflicht aufzurufen. Aber immer wird sie das Bewußtsein haben dürfen, in schwerer Zeit dem Staate und der Wirtschaft wertvolle Dienste geleistet zu haben.“

△ *Vorlesungen gegen Holz*. Die sächsische Regierung erlaßt folgende Kundgebung: „Wie bekannt, ist der wegen Brandstiftung, Erpressung und vieler anderer strafbarer Handlungen beschuldigte Kommunist Max Höls aus der Haft, in der er sich in Böhmen befand, entflohen und jetzt wieder im Vogtland aufgetaucht. Ledermann wird gewarnt, Höls zu beherbergen, noch ihm sonst irgendwelchen Beistand zu leisten. Wer das tut, hat selbst harte Strafen wegen Begünstigung zu erwarten. Es müsse vielmehr mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit des Treibens des Höls ermahnt werden, daß die Bevölkerung auch ihrerseits alles tue, um eine baldige Ergreifung des Höls und seine Bestrafung zu ermöglichen. Auf die schon früher auf seine Ergreifung ausgesetzte Belohnung wird verwiesen.“ Die Nachricht, wonach 200 Mann der Landespolizei von der Regierung nach Auerbach geschickt werden sollten, wird von den zuständigen Stellen als falsch bezeichnet.

△ *Flugzeug-Schiebungen nach Dänemark*. Der „Nostrofer Anzeiger“ meldet: Der Flugzeugführer Erich A. aus Berlin-Karlshorst, der im Juli d. Js. vom Reichsverwertungsamt Berlin im Fliegerhorst Fürstenwalde drei Flugzeuge läufig erworben und ohne Ausfuhrgenehmigung zwei von ihnen nach Dänemark umgesetzt hatte, wurde wegen Vergehens gegen die Passagierordnung und gegen die Bestimmungen des Verzollungsgesetzes zu einer Geldstrafe von 52 000 Mark verurteilt. Auch wurde auf Einziehung des Wertes der beiden verkauften Flugzeuge im Betrage von 26 000 Mark erkannt.

△ *Der Mörder Rosa Luxemburgs*. Ein im Erfurter Garnisonlazarett liegender angeblicher Fliegeroberleutnant, namens Karl Heinz Hoffmann aus Linzburg, beschuldigte sich, der Mörder Rosa Luxemburgs zu sein. Hoffmann ist Morphinist; die Ermittlungen über seine Persönlichkeit sind im Gange.

△ *Salvarsanschmuggel an der böhmischen Grenze*. An der deutsch-tschechischen Grenze ist es preußischen Zollbeamten gelungen, einen großen Salvarsanschmuggel aufzudecken. Sie beschlagnahmten bei Messersdorf 8000 Fläschchen. Zwei Schmuggler wurden verhaftet, ein dritter entflohen.

△ *Schwabenhilfe aus Amerika*. 250 500 Mark haben bisher die Schwaben in Amerika aus einer Sammlung des „Schwäbischen Wochenblattes“ in New York gesammelt, damit die Stadt Stuttgart Lühe für Kinder und Kranke der Stadt beschaffen kann. Nun haben sie abermals dem Herrn Oberbürgermeister Lautenslager 250 000 Mark überwiesen und stehen mit diesem Ergebnis von über 500 000 Mark an der Spitze aller amerikanischen Landsmannschaften.

△ *Der Streit in der Rheinschiffahrt beendet*. Infolge der Anerkennung des Schiedsgerichts durch die Reederei ist der Streit der Rhein- und Main-Schiffer abgeschlossen und die Arbeit in voller Umfang wie der angenommen worden.

## Neueste Nachrichten.

TU Berlin, 23. Nov. Durch die Aufmerksamkeit eines Güterbeamten auf dem Anhalter Bahnhof konnte eine Sendung, die 100 Kilogr. Gold in Baren enthielt angehalten werden, wobei es sich vermutlich um eine Goldschiebung größerer Stils handelte. Das Gold mußte der Beschlagnahme anheimfallen.

TU Stettin, 23. Nov. Auf der hiesigen Vulkanwerft ist der erste Stapellauf seit dem Kriege erfolgt. Es handelt sich um den Dampfer „Hela“ der für die „Neue Dampfer-Schiffsparte“ erbaut, zusammen mit den auf den Oderwerken gebauten Dampfern „Wartburg“ für den Ostseeverkehr bestimmt ist.

TU Amsterdam, 23. Nov. Wie „Handelsblaad“ aus Doorn vernimmt, wurde der deutsche Kronprinz gestern in Doorn erwartet, wo er die Ex-Kaiserin besuchen wollte, deren Befinden sich gebessert hat.

TU Paris, 23. Nov. Der Spezialberichterstatter des „Matin“ in Genf, teilt seinem Blatte unter dem 21. Nov. mit: Die 5. Kommission des Völkerbundes, welche die Frage der Zulassung neuer Staaten zum Völkerbund gestern Abend beriet, hat einstimmig den Vorschlag Vivianis angenommen, demzufolge der Eintritt Deutschlands und Österreichs in den Völkerbund vorläufig ausgeschlossen ist, sodass voraussichtlich diese Frage auf der Konferenz nicht einmal zur Sprache kommen wird.

## Bekanntmachung.

Mittwoch den 24. d. Mts., vormittags von 9 bis 12 Uhr und nachmittags von 2—5 Uhr kommen in der Kinderschule

Mäntel, Jacken, Hosen usw. zur Ausgabe.

Donnerstag den 25. d. Mts. kommen im Lager bei Frau Meurer (Bebelstraße) vorm. von 8½—11½ Uhr und nachm. von 1½—4 Uhr

Kleie zum Preise von 40 Pf. das Pfund zum Verkaufe. Auf eine Kug entfallen ungefähr 30—40 Pfund.

Bezugscheine werden von 8—12 Uhr im Wirtschaftsamt ausgegeben.

Ziegenhalter erhalten nächste Woche.

Von Montag den 29. November an kommt in den Kolonialwarenhandlungen der

## Haushaltungszucker

für den Monat Dezember zur Verteilung. Auf die Person entfallen 700 Gramm zum Preise von M. 3.50 das Pfund.

Die Abtrennung des Zuckerabschnittes für den Monat Dezember hat am Mittwoch den 24. und Donnerstag den 25. November zu erfolgen.

Die Kolonialwarenhändler haben die Abschnitte sowie leere Säcke für die Reste bis Freitag Vormittag spätestens 10 Uhr im Wirtschaftsamt abzugeben.

Geisenheim, den 23. November 1920.

Der Magistrat.

## Bekanntmachung.

Diejenigen Winzer, welche noch Wein zuckern wollen, können die entsprechende Menge Weinzucker zum Preise von M. 12— das Pfund erhalten. Anmeldungen sind von Mittwoch den 24. bis Samstag den 27. November, 12 Uhr, beim Wirtschaftsamt zu machen.

Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nur diejenigen bezugsberechtigt sind, welche Wein tatsächlich zucken. Hierbei sind die Bestimmungen des Weingesetzes zu beachten, welches eine Zuckung nur in den Fällen gestattet, in welchen ein Mangel an Alkohol und ein Überschuss an Säure festgestellt ist und welche die Anmeldung der Zuckung bei der Ortsbehörde vorschreiben. Zu widerhandlungen ziehen gerichtliche Strafen nach sich.

Im allgemeinen liegt bei einem Mischgewicht von 80° Oechsle, entsprechend 8 gr Alkohol in 100 ccm Wein, ein Mangel an Zucker bzw. Alkohol nicht vor, ebenso ist ein Säuregehalt von 9—10% nicht als übermäßig zu erachten.

Weiter hat jeder Weinbergbesitzer zu beachten, daß der Zucker zum Wein gehört. Wenn die Trauben oder der Wein verkauft werden oder schon verkauft sind, so ist der Weinbergbesitzer verpflichtet, den Zucker bzw. den Bezugsschein an den Käufer weiterzugeben. Jede Weigerung eines Weinbergbesitzers hat Weiterungen für ihn zur Folge.

Geisenheim, den 23. November 1920.

Der Magistrat.

## Musikalische Edelsteine

### Band 8

40 wirklich erstklassige beliebte Werke für Klavier 2bändig (mit übergelegten Text)

für Gesang u. Klavier mit vollständ. Text

Preis M. 36. einschl. aller Zuschläge.

Umfang des Bandes 192 Seiten.

Aus dem Inhalt: Potpourri aus Bajazzo (II). Eugen Onegin.

Schlager aus: Der ersten Liebe goldne Zeit. Die kleine

Hoheit. Fräulein Puck.

Salon-Musik: Délibes, Pas des fleurs a. Nalla. Durand,

Chaccone.

Lieder: Becker, Frühlingszeit. Gastaldo, Musica

proibita. Hildach, Strampelchen. Ostvös.

Haut muss ich mein Mädel haben. Pawlowitsch, Hab' Mitleid usw.

Vorrätig in allen Musikalienhandlungen oder beim

Verlag Anton J. Benjamin,

Hamburg 11, Alterwall 44.

## Bekanntmachung.

Umsatzsteuer bei Privatverhüßen, Vermietung von Flächen für Reklame und Zimmervermietung durch Privatpersonen.

### Auftrag der Steuerpflicht.

Wenn eine Privatperson Edelmetalle, Edelsteine, Halbedelsteine, Perlen, Schmuckzächen, Juwelier- und Bijouteriewaren aller Art, Gegenstände aus Bernstein, Elfenbein, Perlmutt, Schildplatt, Musikinstrumente, Automobile, Motorräder, Motorboote, Kutschwagen, Pelzjächen, Teppiche, Kunstgegenstände oder Antiquitäten verkaufen, muß 15 v. H. des Kaufpreises an Umsatzsteuer entrichten. Auch ein Gewerbetreibender, der einen der vorbezeichneten Gegenstände verkauft, ohne daß dieser Gegenstand in seinen Gewerbebetrieb fällt, hat die gleiche Steuer zu zahlen.

5 v. H. des Preises haben Privatpersonen zu entrichten, die Anzeigen übernehmen, indem sie z. B. Räume oder Flächen für Reklamezwecke vermieten.

10 v. H. des Mietpreises haben Privatpersonen zu entrichten, wenn sie eingerichtete Schlaf- und Wohnräume auf nicht länger als drei Monate vermieten und das Entgelt für den Tag oder die Übernachtung 5.— Mk. oder mehr beträgt.

### Art der Steuer-Entrichtung.

Der Verkäufer (Übernehmer der Anzeige, Vermieter) hat über das vereinbarte Entgelt eine Quittung auszustellen und die Steuer gleichzeitig mit der Ausstellung der Quittung in bar an das für ihn zuständige Umsatzsteueramt oder durch Verwendung von Stempelmarken zu entrichten. Diese sind bei den Postanstalten nach den Bestimmungen des Landesfinanzamtes vorrätig. Einzelheiten sind aus den Zeitungen zu ersehen oder durch Nachfragen beim Umsatzsteueramt festzustellen. Geschieht die Entrichtung in bar oder werden die Stempelmarken durch eine Behörde oder einen Beamten innerhalb ihrer dienstlichen Zuständigkeit entwertet, so kann das für den Steuerpflichtigen erheblich Vorteile haben, daß er nicht genötigt, wenn er die Stempelmarken selbst entwertet.

Der Käufer (Besteller der Anzeige, Mieter) muß prüfen, ob die Steuer (z. B. durch Entwertung der Stempelmarken auf der ihm ausgebändigten Quittung) entrichtet ist. Ist dies nicht der Fall, muß er es tun.

### Sonstiges.

Wer vorstehende Bestimmungen nicht beachtet, macht sich einer Steuerzuwiderhandlung schuldig und unterliegt daher einer Geldstrafe bis zum 20fachen Betrage der hinterzogenen Steuer oder einer gegebenenfalls auf Kosten des Verurteilten belastzumachenden Gefängnisstrafe, sowie den Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte. Die vollständigen für diese Steuerpflicht in Betracht kommenden Bestimmungen sind in Nr. 35 des Zentralblattes für das Deutsche Reich, Jahrgang 1920, Seite 937 veröffentlicht und im Buchhandel läufig. Einige Unklarheiten werden zweckmäßig durch Rückfragen beim Umsatzsteueramt (Finanzamt) geklärt. Hier sind auch die erforderlichen Formulare erhältlich.

Geisenheim, den 5. November 1920.

Finanzamt (Umsatzsteuerstelle).

Wird hiermit veröffentlicht.

Geisenheim, den 19. November 1920.

Der Magistrat. Stahl.

## Bekanntmachung.

Bezüglich der Ausfüllung der den einzelnen Wohnungsinnhabern zugestellten Wohnungsanzeigen machen wir noch auf den § 6 der Wohnungsluxussteueroordnung, der auf der Rückseite der Wohnungsanzeige nicht mit abgedruckt ist, besonders aufmerksam. Dieser lautet:

§ 6.

Räume, welche ausschließlich zu gewerblichen oder beruflichen Zwecken benutzt werden (Bäder, Lagerräume, Werkstätten, Wartezimmer der Ärzte, Büroräume, Schlafräume für landwirtschaftliches oder berufliches Gesinde usw.), werden bei der Berechnung der Steuer nicht mitgezählt.

Die gewerbsmäßig zur Untermiete bereit gestellten Räume in Gasthäusern, Pensionen, Hospitien und dergl. werden nicht als Wohnräume zugerechnet. Dagegen werden die Untermieter dieser Wohnräume als besonderer Haushalt veranlagt."

Räume, die ausschließlich zu gewerblichen oder beruflichen Zwecken benutzt werden, müssen in der Anzeige besonders bezeichnet werden.

Geisenheim, den 22. November 1920.

Der Magistrat. Stahl.

## Bekanntmachung

Gemäß § 25 des Reichswahlgesetzes vom 27. April 1920 in Verbindung mit § 71 der Wahlordnung wird zwecks Feststellung eines Ertrages für ein ausgeschiedenes Stadtverordnetenmitglied eine öffentliche Sitzung des Wahlausschusses auf Mittwoch den 24. November 1920, nachm. 6 Uhr, in den hiesigen Rathaussaal anberaumt. Jeder Wahlberechtigte (§ 2 des Reichswahlgesetzes) hat Zugriff.

Geisenheim, den 22. November 1920.

Die Wahlkommission. Stahl.

## Bekanntmachung.

Mittwoch den 24. November, nachmittags von 2-4½ Uhr wird die Gasleitung abgestellt.

Zur Verhütung von Unglücksfällen wird dringend ermahnt, sämtliche Hähne an Lampen und Herden geschlossen zu halten.

Geisenheim, den 23. November 1920.

Der Bürgermeister. Stahl.



## Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen unsere gute, treusorgende Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

## Frau Michael Schmitt Wwe.

Anna Maria geb. Sengler

heute Nachmittag 1½ Uhr im 82. Lebensjahr nach langem, mit grosser Geduld ertragenem Leiden, wohlversehen durch den öfteren Empfang der hl. Sterbesakramente, zu sich in die Ewigkeit abzurufen.

Um stille Teilnahme bitten

## Die trauernden Hinterbliebenen.

Geisenheim, den 21. November 1920.

Die Beerdigung findet Mittwoch Nachmittag 4 Uhr, das Totenamt am gleichen Tage vormittags 7½ Uhr statt.

## Ein willkommenes Geschenk :- für Jedermann :-

ist wirklich gutes Briefpapier mit passenden Umschlägen in sehr hübschen Geschenkkartons. Eine sehr reichhaltige Auswahl von schönen

## Briefkassetten

in reizenden Aufmachungen und allen Formaten für Herren, Damen und Kinder sind eingetroffen.

## Buchdruckerei A. Jander :: Geisenheim.

### Zu hohen Preisen kaufe ich: Altkupfer, Messing, Blei, Zink und Zinn.

### Joh. Kreis junior

Steinheimerstraße.

### Mädchen od. Frau

zur Aushilfe 3-4 Stund.  
täglich gesucht.

Geheimrat Wagner,  
Monrepos.

### Verloren

von einem Kinde eine Brieftasche mit Ausweis und 60 Mark baar. Gegen gute Belohnung abzugeben in der Geschäftsstelle.

### Herrschafth- sitz

mit 20-100 Morg. Acker,  
ausreich. Wirtschaftsgebäud.  
Inventar und eventl. voller  
Einrichtung von Berufss-  
landwirt sofort zu kaufen  
gesucht.

Auf. Off. unt. G. 200  
an die Geschäftsst. d. Stg.

### Nau & Bollenbach, Bingen

Rathausstraße 15 — Fernsprecher 506

empfehlen alle

### Kellerei-Maschinen, Geräte und Bedarfsartikel

wie Pumpen, Filter, Schläuche, Korken, Kapseln, Kork- und Kapselmaschinen, Fasstalg, Fasskitt, Hauseblase, Gelatine, Spundens, Spundplatten, Fassbleche, Fass- und Flaschenabürsten, Filtermaterial etc.



### Nicht nur Fett-

geht, sondern gerade der Salmiak- und Terpentinzusatz macht

Dr. Gentner's Salmiak-  
Terpentin-Selbstpulver

### Goldperle

waschkräftig und wirkt doch milde.

Zum Einweichen:

Rotstern-Bleichsoda.

Hersteller: Carl Gentner, Göppingen (Württbg.).

### Eristenz oder Nebenverdienst

angenehme, sehr gewinnbringende Tätigkeit im Hause, für

jeden geeignet.

S. Willmann, Notthausen (Kr. Eissen). Postfach 6

### Besten Erfolg

haben Inserate jederzeit in der

Geisenheimer Zeitung (20. Jahrg.).

Exp.: Winkeler Landstraße 53b

Fernsprech-Anschluss Nr. 123.

Hotel Restaurant, Cafe  
Hotel zur Linde  
Telefon Nr. 205

Turnerschaft  
Geisenheim  
von 1858.

An alle Turner!

Zur Durchführung eines ge-  
regelten Schulturnens wäh-  
rend des Winterhalbjahres  
sowie zur Einübung von  
Vorführungen für die Weih-  
nachtsfeier lädt ich die ge-  
samte aktive Turnerschaft und  
Jugendliche für Donnerstag  
Abend 8½ Uhr in die Turn-  
halle ein.

Ich rufe nochmals an dieser  
Stelle einem jeden Einzelnen,  
zu gemeinsamer, aufbauender  
Mitarbeit an unserer edlen  
Turnfeste auf und erwarte  
rechtes Erscheinen.

Heinz Issinger, 1. Turnwart.

**Gesellschaftsverein**  
Geisenheim a. Rh.

Fahrtversteigerung.

Donnerstag den 25. Novbr.,  
abends 8 Uhr, im Hotel  
"Germania"

**Wettkampfversteigerung**  
für den Monat Dezember.

Zur Versteigerung sind auch  
Richtmitglieder zugelassen.

Im Anschluß an die Ver-  
steigerung

**Mitgliederversammlung**

Der wichtigen Tagessord-  
nung wegen wird um zahl-  
reichen Besuch gebeten.

Der Vorstand.

**stenographen-Verein**  
„Gabelsberger“

Geisenheim a. Rh.

Dienstag den 23. November,  
7½ Uhr abends

**Unterrichtsstunde**  
für Anfänger in der hiesigen  
Gewerbeschule.

Der Vorstand.

**stenographen-Verein**  
„Stolze-Söhren“

Geisenheim a. Rh.

Montag und Mittwoch  
Abend 7 Uhr:

**Anfänger-Unterricht.**

Mittwoch Abend 8½ Uhr:

**Ausbungssabend**

für die aktiven Mitglieder in

der Gewerbeschule.

Um vollzähliges Erscheinen  
bitte

Der Vorstand.

**Reichsbund der Kriegsbeschädigten,**  
ehemaligen Kriegsteilnehmern und  
Kriegshinterbliebenen.

Gruppe: Geisenheim-Johannberg.

Morgen Mittwoch Abend

8 Uhr:

**Vorstandss-**

und Komitee-Sitzung

im „Deutschen Haus“.

Es in die letzte Sitzung vor  
der Wohltätigkeitsveranstaltung  
daher vollzähliges Erscheinen  
dringend notwendig.

Der Vorstand.

**Cäcilie**  
Geisenheim.

festliches And. über

**Die Gesangstunden**

finden von jetzt ab nicht wie

bisher Mittwochs, sondern

Donnerstags statt.

Die Mitglieder werden ge-  
beten, pünktlich und vollzählig

zu erscheinen.

Der Dirigent.

**Gesangverein**  
Lieder-  
kranz.

Donnerstag Abend 8 Uhr:

**Gesangstunde.**

Vollzähliges und pünktliches

Erscheinen erforderlich.

Der Dirigent.

**Alle Sorten**  
und jedes Quantum

**Tafel- und**

**Wirtschafts-**

**Aepfel**

sowie

**Birnen**

</div